

# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 578.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 195.

Verleger: Verlags- und Druckerei-Gesellschaft in Halle a. S., Leipzigerstr. 27. Telefon Nr. 155. Geschäftsstelle: Dr. Walter Gehlen in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Verleger: Verlags- und Druckerei-Gesellschaft in Halle a. S., Leipzigerstr. 27. Telefon Nr. 155. Geschäftsstelle: Dr. Walter Gehlen in Halle a. S.

Mittwoch, 10. Dezember 1902.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., den 10. Dezember.

**Deutschland und die Weltausstellung in St. Louis.**  
Präsident Roosevelt empfing Montag den Vertreter Deutschlands für die Ausstellung in St. Louis, Geheimen Ober-Regierungsrat Lewald. Im Laufe der Unterredung sagte Letzterer, der Wunsch des Kaisers, Deutschland solle auf der Ausstellung auftreten, werde in Erfüllung gehen.

**Der Kaiser machte am Montag vor der Frühstückstafel einen Spaziergang.** Zur Frühstückstafel waren geladen Grafin R. Kambsorff-Galante, Frau von Scholl und der russische Marine-Attache Fürst Dolgorouff. — Dienstag Vormittag hörte Se. Maj. die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts und des Chefs des Admiralstabes.

**Aus dem Reichstage.** Der Reichstagsaal war am gestrigen Dienstag schon vor der Sitzung auf allen Seiten fast besetzt, nur bei den freisinnigen Parteien waren zunächst die meisten Plätze leer, die erst nach der Eröffnung eingenommen wurden. Die Tribünen waren sehr gut besetzt, auch die Loge des Bundesrats war voll, die Loge des Reichspräsidenten leer. Es war zu erkennen, daß ein großer Teil der Besuche aus der letzten Woche, vielleicht bis zu ihrem Ende, dauern werde. Jedoch ist schon ein Fortschritt, daß der Antrag Gröber gestern mit 206 gegen 92 Stimmen angenommen wurde. Demnach lautet der erste Satz des § 44 der Geschäftsordnung wie folgt: „Das Wort zur Geschäftsordnung wird nur nach freiem Ermessen des Präsidenten erteilt. Eine von demselben zugelassene Bemerkung zur Geschäftsordnung darf die Dauer von fünf Minuten nicht übersteigen.“

**Wärschen gegen den Antrag Gröber.** In der „Vollz.“ erhebt der Abgeordnete Dr. Müller-Weinungen, der seines Zeichens Amtsrat ist, allerlei juristische und politische Einwände gegen den Antrag Gröber. Wärschen davon klingt auf den ersten Blick zwar leidlich plausibel; doch wird darauf immer zu erwidern sein: Änderungen und Verbesserungen des Wortes Gröber braucht man deswegen a priori nicht den Reichstag nicht sein Wärschen als ein Weiterführl. gesetzgeberischer Arbeit in Anspruch nehmen. Deshalb soll man aber doch nicht die Hände in den Schoß legen und geduldig zusehen, wie aus Sinn Unsin wird. Es ist ein großer Unfug, vor Kindern und Unmündigen die Dinge so darzustellen, als sei das Gegenteil, was der Deutsche feine, jeht in Gefahr. Man will doch verhindern, daß künftighin unter dem Vorwange, man mache Bemerkungen zur Geschäftsordnung, in der ausgedehnten Absicht, die Gesetze zu ändern, bis in alle Ewigkeit geschäftet werden könne. Das ist alles, und dieser Mann ist unbedingt zu billigen. Selbst wenn man über die Mittel, ihn auszuführen, noch diskutieren mag.

**Serr Singer geht.** Die Thatsache, daß der sozial-demokratische Oubritionshauptling Singer kürzlich wegen ungebührlichen Betragens von der Reichstagsführung ausgeschlossen werden mußte, scheint auf ihn doch ein wenig ernüchternd eingewirkt zu haben. Ober sollten etwa die meinsten von Gefühlen für den geschäftlichen Anstand etwas tiefer durchdrungen „Genossen“, wie etwa v. Boller, der die Mißbilligung seiner Parteifreunde so scharf verurteilte, ihm etwas deutlich zu Herzen gesprochen haben? Wie dem auch sei, jedenfalls ist es Thatsache, daß die bisher an ihm beobachtete Unempfindlichkeit momentan an Stärke etwas eingebüßt hat. Wie lange das vorhalten wird, darüber darf man sich freilich keinerlei optimistischen Ansichten hingeben. In der auf seinen Ausschluss folgenden Sitzung hat sich der Drogenoffener jedenfalls ungenügend zurückhaltend gezeigt. Er ist nun auch vom Vorsitz der Geschäftsordnungs-Kommission zurückgetreten. In einem Schreiben an den stellvertretenden Vorsitzenden der Geschäftsordnungs-Kommission, den Abgeordneten Noeren, erklärt, wie wir der „Vollz.“ entnehmen, Singer, da die Mehrheit der Mitglieder den Antrag Gröber unterzeichnet habe, der die „Wärschen“ an Stelle des „Rechtens“ lege, so könne er nicht weiter als Vorsitzender der Geschäftsordnungs-Kommission fungieren. Singer hat mit diesem Schritte gewissermaßen das Präzedenz gesetzt. Es war für jeden vernünftigen denkenden Menschen zweifellos, daß ein Mann, der im Reichstage offen verurteilt, seine Praktiken werden den Abgeordneten Dr. Noeren überhaupt nicht mehr zu Worte kommen lassen, der mit allen Mitteln die ordnungsmäßige Durchberatung einer Vorlage verhindern wollte und sich schließlich derartig gegen die Sitte und Ordnung im Reichstage verhielt, daß er ausgeschlossen werden mußte, nicht mehr Vorsitzender

berjenigen Kommission sein konnte, welche berufen ist, Zweifel in der Interpretation der Geschäftsordnung zu beseitigen. Konnten die Mitglieder der Kommission noch für einen Vorsitzenden der Geschäftsordnungs-Kommission zu einem Manne haben, der das grundsätzliche Niederlegen von gegnerischen Rednern im Parlament verachtet und unter böhmischen Lächeln seine Verachtung gegen gute Sitte und geschäftsordnungsmäßige Furcht im Reichstage befehle? Ein ungewöhnliches Mißtrauensvotum lag gewiß schon darin, daß auf Singers Einladung zu einer Sitzung der Geschäftsordnungs-Kommission am vergangenen Donnerstag Niemand erschienen war, als er allein. Auch der Austritt des Vizepräsidenten Abgeordneten Böttger war bekanntlich mit dem Vorhinein Singers in der Kommission in Verbindung gebracht. Unter solchen Umständen war es freilich zu erwarten, daß Singer den ersten besten Vorwand benutzen würde, um auf jede Manier von seinem Posten zu kommen. In der Tat hätte das weitere Fungieren eines Mannes, der die parlamentarische Ordnung, je nach dem wie es ihm paßt, über den Haufen wirft und mit Füßen tritt, als Vorsitzender der Geschäftsordnungs-Kommission wie ein Hohn auf den ganzen Parlamentarismus wirken müssen. — Zulezt meldet uns ein Telegramm noch folgendes: Mit dem Entschlusse, den Vorsitz in der Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages niederzulegen, ist der Abg. Singer am 9. d. M. die Reichstagskammer mit dem Vorhinein Resignation zurückgetreten, die sich gegen die in ferneres Verbleiben im Amte ausgesprochen wurde.

**Schäftsordnungs-Kommission.** Die schon mehrfach verlegte Sitzung der Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages, in der über die Frage beraten werden soll, ob Anträge auf Überlegung zur Tagesordnung bei Schlußnahme zulässig sind, ist am Freitagvormittag in der Sitzung des Reichstages bereits am 10. d. M. begangen.

**Aus dem Reichstagskabinetts.** Die freisinnige Volkspartei im Wahlkreise Hagenberg bestoh in einer Vertrauensmänner-Versammlung, die die nächsten Reichstagswahlen den bisherigen Abgeordneten Meier Kopff aus Berlin als Kandidaten aufzustellen. Meier Kopff ist lediglich mit Hilfe der Centrumspartei gewählt worden. Im Wahlkreise S. 10. d. M. bestoh die freisinnige Volkspartei, an Stelle des bisherigen Reichstagsabgeordneten Kaufmann West aus Hagenberg, der mit Rücksicht auf die Unsicherheit des Wahlergebnisses in einem anderen Wahlkreise kandidieren wird, den Reichsanwalt Dr. Althaus in Hirschberg als Kandidaten aufzustellen.

**Die Breslauer freisinnige Arbeiterkandidatur.** Die Breslauer „Bz.“ kündigt vor Kurzem, daß der B. Arbeiter-Deputierter Deputation, an die der Kaiser bei seiner letzten Anwesenheit in Breslau die bekannte Ansprache hielt, als Kandidat für den Reichstag und Landtag aufgestellt werden solle. Demgegenüber stellt die „Freie Bz.“ fest, daß es sich bei dieser Kandidatur nur um eine Anregung der Redaktion der „Breslauer Bz.“ handelt.

**Der Delegiertenrat der bayerischen Zentrumspartei ist, der „Germania“ zufolge, wegen der parlamentarischen Lage im Reichstage vom 15. und 16. d. M. auf Anfang Januar verschoben worden.**

**Weiterverhandlung der Schiffahrtsabmachungen des plätschlichen Groß.** Ein Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten enthält folgenden Passus: Für Eimerungen, welche infolge des Schließens der Schiffahrt nicht weiterbestehen werden können, und auf preislich-technischen Rahmen den Bestimmungen zugeführt werden, können, wenn die Güter auf der ursprünglichen Verladungsstation mit der Abnahme der eigentlichen Verladungsstation verhandelt werden. Bundesregierungen mit Staatsbahnen haben anzuordnen, sich dem Borgehen anzuschließen; die Privatbahnen werden ersucht, im gleichen Sinne vorzugehen, desgleichen ausländische beteiligte Verwaltungen.

**Abänderung der Fernsprechordnung.** Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung vom 8. d. M. betreffend Abänderung der Ausführungsbestimmungen zur Fernsprechgesetzlichen-Ordnung. Die Abänderung ist veranlaßt durch die Aufnahme des Fernsprechtsbetriebes in die Bestimmungen.

**Unterbrechung der Verjährung.** Nach einer Verfügung des Finanzministers soll die vom Reichsgericht behandelte Rechtsaufhebung, der sich von dem Gesetz des Strafgesetzbuches die Verjährung der Strafbestimmung unterricht, auch von den Vermögensschäden ihren Verleihen zugrunde gelegt werden. Die frühere Verfügung, die auch die Bekanntmachung des Strafgesetzbuches vor Ablauf der Verjährungsfrist anordnet, soll als weiter abgeändert angesehen werden. Jedoch soll nunmehr sorgfältig darauf gewacht werden, daß der Strafbestand erst bei der Unterbrechung und wenn mehrere Verurteilungen in der Unterbrechung unter sich der letzten Unterbrechung, und zwar vom Tage der Unterbrechung datiert werde und daß eine vorherige Ausfüllung des Datums durch den entsprechenden Beamten unterbleibe.

**Die Aktion gegen Venezuela.**  
Man kann allerdings darauf gespannt sein, ob der vizepräsidenten Präsident Salto auch dem deutsch-englischen Ultimatum gegenüber noch versuchen wird, Ausschüsse zu machen und Zeit zu gewinnen. Angeht es der zum Eingreifen bereit liegenden Kriegsschiffe der beiden Mächte wird er nun doch wohl zu Kreuze Frieden, zumal ihm kein Zweifel darüber ge-

lassen wurde, daß die amerikanische Regierung für sein widerrechtliches Verhalten auch nicht das Mindeste übrig hat. Die erfreuliche Ueber einstimmung der beiden unmittelbar beteiligten Länder mit dem Washingtoner Kabinet wird durch folgendes Telegramm neuerlich bestätigt:

London, 9. Dez. Die Erklärungen des Grafen Balfour in den an den Reichstag gerichteten Denkschrift und des Ministerpräsidenten Balfour in der gestrigen Unterredung über das gemeinsame Ultimatum an Venezuela werden von der englischen Presse einstimmig gebilligt, und es wird die Hoffnung ausgedrückt, daß das Ultimatum den Präsidenten Castro zur Benuzt bringen werde. Nach Depeschen aus Washington billigt das amerikanische Staatsdepartement ebenfalls falls die Bedingungen der englischen Note und verheißt Balfours Erklärung dahin, daß alle Forderungen auf eine Verständigung mit Venezuela vor Anwendung von Zwangsmitteln nicht aufgegeben sind. Der deutsche und der britische Vorkämpfer halten das Staatsdepartement über jeden Schritt in den Verhandlungen auf dem laufenden, und Präsident Castro hat bisher nicht einen einzigen Schritt zum Protestieren finden können. Die Form, in welcher eventuell ein Zwang angewendet werden wird, ist dem Staatsdepartement ebenfalls vorher angekündigt worden. Gemäß Erklärungen von Beamten des Staatsdepartements soll in diesem Falle ein gemeinsames deutsch-englisches Kommando ein solches Verfahren zur beschleunigen, bis Castro in einer Beziehung die Verhandlungen einstellt. Dem venezolanischen Gesandten in Washington wurde mitgeteilt, daß die Union sich unter keinen Umständen in die deutsch-englische Aktion einmischen werde. Der amerikanische Gesandte in Caracas, Dr. Brown, telegraphierte seiner Regierung: „Präsident Castro habe in den Häfen an der Küste von Venezuela Befehle, daß die auswärtsigen Flüchtlinge Venezuelas auf Wiederherstellung des Friedens warten müssen, danach würden alle ihre Ansprüche befriedigt werden.“ Nach einer letzten Mitteilung aus New York erregt die Frage des zwischen England und Venezuela seitens des Briten der Insel Varios Interesse in den amerikanischen Regierungskreisen, nach deren angelegter Ansicht der britische Englands auf die Insel gegen die Monroe-Doktrin verstoßen würde. Man glaubt, daß der letzte Versuch des britischen Vorkämpfers beim Staatschef der Insel sich auf einen Beschluß Venezuelas bezogen habe, diese Frage zugleich mit der Entscheidungsgewalt durch ein Schiedsverfahren zu beilegen.

Die deutschen Forderungen sehen sich, wie hier nochmals kurz resümiert sei, im Wesentlichen aus vier Bestandteilen zusammen. Aus den früheren Revolutionsperioden schuldet die venezolanische Regierung an deutsche Gläubiger im Ganzen 1 700 000 Bolivares. Diese sollen der „Königlichen Zeitung“ zufolge unverzüglich ausgegahlt werden. An zweiter Stelle stehen drei Millionen Bolivares Geschäftsschulden aus der letzten Revolutionsperiode, für die Verichtigung dieser Schuld soll Venezuela „Bürgschaften“ stellen, die von der deutschen Regierung als vollständig anerkannt werden. Für die 7/8 Millionen Bolivares, die an Zinsen und Tilgung der Eisenbahnschuld rückständig geblieben sind, sowie endlich für die Restschuld von 820 000 Bolivares an eine Hamburger Firma, die den Bau des Schmalsporthafens in Caracas ausgeführt hat, sollen gleichfalls greifbare Sicherheiten gewährt werden. Diese müssen natürlich in mehr belegen als in noch so formalen Verpändungen der venezolanischen Regierung, um eine regelmäßige rateweise Tilgung dieser Schuldposten sicher zu stellen.

Das Ultimatum hat also 24 Stunden für die Zahlung des Betrages von 1 700 000 Bolivares die Zeit von 24 Stunden festgelegt. Die Regierung von Venezuela wird damit zu rechnen haben, daß Deutschland und England mit aller Energie auf sofortige Erfüllung der Bedingungen ihres Ultimatus halten werden. Sollte die Zahlung nicht erfolgen, dann dürften der deutsche und der englische Gesandte von Caracas nach La Guayra abziehen, wo sich die beiderseitigen Kriegsschiffe befinden. Es gehen Gerüchte, daß die Breite bereits erfolgt sei, jedoch fehlt die amtliche Bestätigung dieser Meldungen noch; indessen glaubt man, soweit von Berlin aus die bisherigen Verhältnisse beurteilt werden können, daß die Gesandten Caracas werden verlassen müssen. — Ein lauten eingegangenes Telegramm lautet dem auch folgendermaßen:

London, 10. Dez. Nach einem Telegramm aus Caracas sind der britische Gesandte und der deutsche Geschäftsträger mit dem Montag Nachmittag aus Caracas abgereist; ersterer ging an Bord des britischen Kreuzers „Sinea“ in La Guayra und letzterer an Bord der „Sinea“, welche mitgeteilt ihre Absicht der venezolanischen Regierung nicht, wobei namentlich um eine feierliche Demonstration zu vermeiden. Beide hatten den Tag vorher das Ultimatum ihrer Regierungen in der Wohnung des Ministers des Auswärtigen Herrn Baralt niedergelegt. Die Regierung traf keine militärischen Vorkehrungen in La Guayra. Ein Offizier der „Sinea“ erzählte einer deutschen Familie in La Guayra, daß eine Rüstung in La Guayra beabsichtigt.

### Deutscher Reichstag.

232. Sitzung vom 9. Dezember 1902, 1 Uhr.  
Im Bundesratsbüro: Kommissare.  
Das Haus ist fast besetzt.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst der vom Abg. Gröber (Ct.) an erster Stelle unterzeichnete und von den übrigen Mitgliedern der Reichstagspartei unterzeichnete Antrag betr. Abänderung der Geschäftsordnung, nach dem hinsichtlich des Wortes „Geschäftsordnung“ nur noch nach dem freiem Ermessen des Präsidenten





burg der Dezember 16,80, der Januar 16,90, der März 17,00, der April 17,10, per August 17,55, per Oktober 18,55, etc.

Kaffee. \* Hamburg, 9. Dez. Nachmittags. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos. Dezember 33 1/2, März 29 1/2, Mai 29 1/2, September 30 1/2, etc.

Petroleum. \* Hamburg, 9. Dezember. Petroleum fremd. Standard wölfe loco 6,65 RT.

Spiritus. \* Nordhausen, 8. Dez. Branntwein 40 Vol.-% für 100 Pfund. 1103-1104 RT, 57,00-59,00 RT, Branntwein 45 Vol.-% für 100 Pfund.

Getreide. \* Hamburg, 9. Dezember. Spiritus still, Dezember 12 RT, 12 RT, 12 RT, etc.

Deutschen. Des. Getreiden. \* Hamburg, 9. Dezember. Rüböl netto loco 50,00.

Kartoffeln. \* Berlin, 9. Dezember. Kartoffelrohprei 17,25 RT, feuchte Stärke 8,80 RT.

Getreide. \* Hamburg, 9. Dezember. Rüböl netto loco 50,00, Mehl 130 RT, etc.

Getreide. \* Hamburg, 9. Dezember. Spiritus still, Dezember 12 RT, 12 RT, 12 RT, etc.

Getreide. \* Hamburg, 9. Dezember. Spiritus still, Dezember 12 RT, 12 RT, 12 RT, etc.

150-250 Pfg. Norder 50-60 Pfg. Strohhecht 55-65 Pfg. etc.

Stroh. \* Magdeburg, 9. Dezember. Strohhecht 4,00-5,00 RT, etc.

Stroh. \* Bremen, 9. Dezember. Baumwolle. Etzig. Upland middling loco 42 1/2 Pfg.

Stroh. \* Hamburg, 9. Dezember. Branntwein 40 Vol.-% für 100 Pfund.

Stroh. \* Hamburg, 9. Dezember. Spiritus still, Dezember 12 RT, 12 RT, 12 RT, etc.

Friedmann & Weinstock, Bankgeschäft, Halle a. S., Leipzigerstrasse 12.

Gewinnverteilungen der Berliner Börse vom 9. Dezbr. (Eingangsnotizen)

Table with columns for company names and their respective profit distribution percentages.

Deutsche Fonds und Staatspapiere.

Table listing various German bonds and state securities with their market values.

Einbahn-Stamm-Aktien.

Table listing single-track stock companies and their share prices.

Bank-Aktien.

Table listing bank stocks and their market values.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks and their market values.

Einbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing single-track priority bonds and their values.

Bank-Obligationen.

Table listing bank bonds and their market values.

Obligationen industrieller Gesellschaften.

Table listing industrial company bonds and their values.

Deutsche Fonds.

Table listing various German funds and their market values.

Bank- und Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks and their market values.

Deutsche Hypothekendarlehen.

Table listing German mortgage loans and their market values.

Einbahn-Stamm-Prioritäts-Aktien.

Table listing single-track stock priority shares and their values.

Bank- und Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks and their market values.

Einbahn-Stamm-Aktien.

Table listing single-track stock companies and their share prices.

Bank- und Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks and their market values.